

Faymann: Erster Erfolg gegen Mieterhöhung

Utl: Koalition zieht Verteuerung bei Wohnungsweitergabe zurück

Wien, (OTS) "Unsere massiven Proteste haben genutzt!", stellte am Donnerstag Wohnbaustadtrat Werner Faymann anlässlich des "vernünftigen Rückziehers" der Koalition in der Frage der Wohnungsweitergabe an Kinder und Enkelkinder fest. "Im vorige Woche präsentierten Gesetzesentwurf für ein neues Mietrecht waren noch massive Verteuerungen für alle Kinder, Enkelkinder und Geschwister die die Wohnung der Eltern übernehmen vorgesehen. Im Falle einer durchschnittlichen 3-Zimmer-Wohnung mit ca. 70 m² hätten sich die monatlichen Kosten auf einen Schlag mit rund ÖS 3.000,-- verdoppelt. Eine Mieterhöhung, wie sie ihresgleichen noch nicht da war.", war die Kritik von Wiens Wohnbaustadtrat Werner Faymann. "Für die meisten Kinder, Enkelkinder und Geschwister die bisher nur durch die Wohnungsweitergabe in der Familie die Chance hatten, ihre ersten eigenen 4 Wände zu beziehen, wäre das in Zukunft praktisch unmöglich geworden. Von Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel wurde diese exorbitante Verteuerung der Wohnkosten in einem ORF-Interview noch lakonisch als 'vernünftige Anhebung auf die Marktmiete', beschrieben. Allein in Wien wären 250.000 Wohnungen unter diese neue Regelung gefallen. Österreichweit schätzen Experten mehr als Wohnungen. Es ist insbesondere ein großer Erfolg für Wien, dass sich dieser Versuch, Mieten auf einen Schlag zu vervielfachen, im jetzt eingebrachten Gesetzestext im Parlament nicht mehr befindet. Die Wiener Mieter wären von dieser Regelung deshalb besonders betroffen gewesen, da es hier den höchsten Anteil an Althäusern gibt, sowie die Anzahl von alten, günstigen Mietverträgen noch besonders hoch ist."

Voll aufrecht bleibt für den Wiener Wohnbaustadtrat aber weiterhin die Kritik an der Möglichkeit in Zukunft Kettenmietverträge abzuschließen. Dadurch wird der Mieter immer wieder zum Bittsteller für eine Vertragsverlängerung. "Auch die angekündigte Abschaffung des Hausbesorgergesetzes sei praktisch die Auslöschung einer ganzen Berufsgruppe mit bundesweit mehr als 35.000 Beschäftigten und nicht die von Mietern gewünschte Reform des Berufsbildes.", schloss Faymann. (Schluss) wj

Rückfragehinweis: PID-Rathauskorrespondenz:

www.wien.at/vtx/vtx-rk-xlink/
Wolfgang Jansky
Tel.: 4000/81 863
e-mail: jan@gws.magwien.gv.at

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0269 2000-03-23/15:16

231516 Mär 00

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000323_OTS0269